

Klimawandel – Wahrheit oder Fiktion

Автор(и): Растителна защита
Дата: 10.12.2018 Брой: 12/2018



Die 24. UN-Klimakonferenz findet vom 2. bis 11. Dezember 2018 in Kattowitz statt. Auf dem Treffen in der polnischen Stadt wird entschieden, welche Rechte und Pflichten einzelne Länder haben werden, um die im Pariser Abkommen von 2015 gesetzten Ziele zu erreichen.

Elf Tage lang werden Politiker und Experten aus aller Welt in Kattowitz, einer kleinen Industriestadt im Herzen der polnischen Kohleindustrie, über die drängenden Klimafragen diskutieren.

Weltbank verdoppelt Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels

Vor einer Woche kündigte die Weltbank an, 200 Milliarden US-Dollar (176 Milliarden Euro) für Länder bereitzustellen, die Hilfe bei der Anpassung an die Auswirkungen der globalen Erwärmung und bei der Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen benötigen. Die Mittel werden im Zeitraum 2021–2025 verfügbar

sein. Die finanzielle Unterstützung ist doppelt so hoch wie der Betrag, den die Weltbank für die ersten 5 Jahre nach Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens gewährte.

Darüber hinaus haben die Industrieländer zugesagt, dass ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus privaten und öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden. Es ist noch unklar, an wen genau diese zusätzlichen Mittel fließen und welche Verpflichtungen im Rahmen der gemeinsamen Klimapolitik eingegangen werden.

UN fordern viel entschlosseneres Handeln gegen den Klimawandel

Auf der 24. jährlichen UN-Klimakonferenz, die in Polen stattfindet, steht erneut das auf der Pariser Konferenz 2015 gesetzte Ziel im Mittelpunkt – die globale Erwärmung auf 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Doch die Welt ist weit von diesen zwingenden Veränderungen entfernt. Die Vereinten Nationen warnen, dass in den letzten Jahren eine globale Erwärmung von 3° bis 5° Grad beobachtet wurde und die gemeldeten Treibhausgasemissionen keinen Hinweis auf eine Änderung der bestehenden Trends geben. Experten fordern die Einführung einer Art "Klimarevolution", andernfalls befürchten sie katastrophale Folgen für das Klima, die Umwelt und die Menschheit.

Eine der Hauptkritiken der UN an den Teilnehmerländern des aktuellen Weltgipfels ist, dass sich die nationalen Klimaziele von Land zu Land stark unterscheiden und dass das Klima nicht zu den prioritären politischen Zielen der jeweiligen Regierungen gehört.

Es müssen konkrete Schritte zur Begrenzung der globalen Erwärmung für jedes einzelne Land festgelegt werden, denn bisher fungierten die Schlussfolgerungen aus den Berichten eher als Empfehlungen denn als klar definierte Verpflichtungen.

Neue Regeln

Auf der Jahrestagung der UN-Klimakonferenz forderte der Generalsekretär der Weltorganisation, António Guterres, noch ambitioniertere Maßnahmen gegen den Klimawandel. Eine Reihe von Ländern, darunter auch Bulgarien, ist jedoch dagegen. Laut Guterres wird es nicht möglich sein, das für 2020 in Paris Versprochene zu erreichen. Gleichzeitig ist der Klimawandel ein dynamischer Prozess, der die Einführung neuer, viel drastischerer Maßnahmen erfordert, um die langfristigen Folgen in der komplexen Klimasituation zu begrenzen.

Im Rahmen des Treffens in Kattowitz wird ein "Regelwerk" vorgestellt, dessen Zweck es ist, die technische Umsetzung des Pariser Abkommens zu definieren. Die Schwierigkeiten rühren daher, dass sich mehr als 180 Länder, die das Pariser Abkommen unterzeichnet haben, auf ein einheitliches System einigen müssen, das die Ergebnisse der im Bereich Klimawandel angewandten Maßnahmen eindeutig darstellt. Die Konferenz wird bestimmen, welche Länder ihre Klimaschutzziele in Zukunft verstärken können. Wie der Klimaexperte Adam Pawloff von "Greenpeace" warnte, ist es "äußerst wichtig", nicht nur neue Klimaschutzziele zu definieren, sondern diese auch zu überwachen und einzuhalten.

Der Fokus der Veranstaltung wird auf dem Thema Kohle liegen. Es ist kein Zufall, dass Polen als Austragungsort der Konferenz auf Weltebene gewählt wurde, wo 80 % des erzeugten Stroms aus Kohlekraftwerken stammen. Damit gehört das Land zu den führenden Umweltverschmutzern in Europa. Gemäß der polnischen Gesamtklimapolitik soll der Kohleverbrauch bis 2030 um 60 % sinken, doch in der Praxis sind diese Empfehlungen angesichts der Struktur der polnischen Wirtschaft kaum erreichbar. Dennoch steht Polen hinter der Idee eines "gerechten Übergangs" von fossilen zu sauberen Brennstoffen. Das Gastgeberland hat eine Erklärung vorgeschlagen, die die Notwendigkeit betont, den von diesem Übergang betroffenen Arbeitern eine Zukunft zu sichern.

Auch Deutschland steht unter dem Druck der gemeinsamen europäischen Klimapolitik. Die Absicht der deutschen Konferenzteilnehmer war es, einen Plan als Alternative zum Kohleverbrauch vorzulegen, doch die Abstimmung darüber wurde auf Februar verschoben, wenn die deutsche Regierung eine Einigung in dieser Frage mit allen Bundesländern erwartet. Derzeit sind die ostdeutschen Bundesländer noch dagegen, Kohle als Hauptenergiequelle in entwickelten Volkswirtschaften abzuschaffen.

Die politische Lage ist komplex

Der Gipfel in Polen findet in einer komplexen politischen Umgebung statt, denn nach den großen Erfolgen in Paris ist die Welt in Bezug auf die vereinbarten Regelungen im Klimabereich wieder auf die Ausgangsposition zurückgefallen.

Der US-Präsident Donald Trump hat die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen komplett blockiert, nachdem er aus dem Abkommen ausgetreten ist und die in Paris unterzeichneten Berichte abgelehnt hat. Das Problem ist, dass die USA der zweitgrößte globale Umweltverschmutzer nach China sind und ihre Entscheidungen immer richtungsweisend sein werden. Auch der zukünftige Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro,

gilt als risikoreicher Spieler, der die amerikanische Position fest unterstützt. Nach seinem Amtsantritt beabsichtigt der neue Präsident, die derzeitigen zum Schutz der brasilianischen Tropenwälder eingeführten Beschränkungen zu lockern. Während seines Wahlkampfs versprach Bolsonaro, sein Land aus dem Pariser Klimaabkommen zurückzuziehen, und rief zur aktiven Unterstützung von Unternehmen im Bergbau- und Agrarbereich auf, deren Aktivitäten sich auf geschützte Gebiete bedrohter Wälder erstrecken.

Darüber hinaus berichteten globale Nachrichtenagenturen kurz vor Beginn der 24. internationalen Klimakonferenz, dass die Lateinamerikaner ihren Vorschlag zur Ausrichtung des nächsten Klimagipfels zurückgezogen hätten.

Ein weiterer interessanter Fakt ist, dass in der vergangenen Woche eine ungewöhnliche Koalition die gemeinsame Entscheidung aller Regierungen über den Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) vom Oktober, der ursprünglich in Südkorea vorgestellt wurde, blockierte. Die USA, Russland, Saudi-Arabien und Kuwait stimmten nicht über die Entscheidungen in dem Bericht ab, der vor dem Anstieg der Erdtemperatur warnt. In dem Dokument heißt es auch, dass zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf unter 1,5 Grad Maßnahmen erforderlich sind, die zu einer Reduzierung der Kohlenstoffemissionen um 45 % bis 2030 führen werden.

Die Position Österreichs, das bis Ende 2018 den EU-Vorsitz innehat

Aus Sicht der Umweltministerin Elisabeth Köstinger (Österreich) ist die diesjährige Klimakonferenz in Polen die wichtigste. "Diese Konferenz wird zeigen, ob das Pariser Abkommen überhaupt Sinn macht", sagt Köstinger. Europa will bei wichtigen Entscheidungen wie denen zum Klimawandel eine führende Rolle spielen, braucht dafür aber die Unterstützung anderer Länder. Der österreichische Bundespräsident Van der Bellen, der bereits vor Konferenzbeginn in Polen war, lud europäische Staats- und Regierungschefs ein, während des Treffens einen gemeinsamen Appell zur Beendigung der Kohlenutzung zu unterzeichnen. Insgesamt 18 Länder unterzeichneten diesen Aufruf, darunter große europäische Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien.

"Es gibt keinen ernstzunehmenden Politiker mehr, der den Klimawandel leugnet", betonte Van der Bellen. Deshalb sei es wichtig, dass Länder, selbst solche von der Größe Österreichs, sich nicht aus den in Paris geschlossenen Einzelvereinbarungen zurückziehen.

Es zeigt sich, dass in der Alpenrepublik eine gewisse Inkonsistenz in der politischen Position nicht nur bei innenpolitischen Fragen, sondern auch bei Angelegenheiten besteht, die das internationale Wohlergehen betreffen, wie Umwelt und Klimawandel. Wenige Tage nach Konferenzbeginn erklärte Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache in einem Interview für eine der großen österreichischen Tageszeitungen, inwieweit der Mensch das Klima beeinflussen könne, sei eine Frage mit unklarer Antwort. "Klimaveränderungen gibt es seit Jahrtausenden. Die Sahara war einst die Kornkammer Roms und wurde dann zur Wüste. Das hängt mit vielen Faktoren zusammen, aber sicher nicht mit der Existenz von Fabriken, die es damals nicht gab. Es gibt Prozesse, die Abkühlung und Erwärmung verursachen, aber manchmal weiß selbst die Wissenschaft nicht, was die Ursachen sind."

Die bulgarische Position

Der bulgarische Präsident Rumen Radew lehnte es ab, die ihm von Österreich übersandte Erklärung zur Beendigung des Kohleabbaus zu unterstützen, da sie nicht den Interessen des Landes entspricht.

Gleichzeitig ist die Position Bulgariens zum Pariser Abkommen eindeutig. Radew betonte, dass Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels notwendig und dringend seien, sie müssten jedoch in ihrer ursprünglichen, vor drei Jahren in der französischen Hauptstadt vereinbarten und unterzeichneten Form erhalten bleiben, ohne zusätzliche Verschärfung der Anforderungen, wie einige Länder darauf bestehen. Der Umweltminister Neno Dimow, der Teil der bulgarischen Delegation in Kattowitz ist, verteidigte die Position zugunsten eines günstigeren Stroms und der Erhaltung von Arbeitsplätzen für Bergleute.

Eine Konferenz, viele Länder, keine Entscheidungen

Derzeit spielen die Methoden zur Messung von Treibhausgasen eine wesentliche Rolle bei der Reduzierung und Begrenzung ihrer schädlichen Auswirkungen auf das Klima. Leider sind sie nur für "Industrieländer" definiert; "Entwicklungsländer" müssen noch Systeme für die Berichterstattung und Einhaltung von Regeln in diesem Zusammenhang aufbauen. Daher wäre die Einführung einheitlicher oder zumindest vergleichbarer Methoden zur Messung von Treibhausgasen ein bedeutender Schritt hin zu einer gemeinsamen Klimapolitik. Doch mit jedem Tag der Konferenz in Polen wird klar, dass es schwierig sein wird, im Klimabereich einen Konsens zu erzielen, denn jedes Land verfolgt seine eigenen industriellen Interessen, und der Klimawandel bleibt eher virtuell als real.

Mehr zu diesem Thema:

2 Grad Celsius